

Danziger Volksstimme

Einzelpreis 10 Danziger Pfennig

Bezugspreis monatlich 2,50 Gulden, wöchentlich 0,60 Gulden, in Deutschland 2,00 Reichsmark, durch die Post 2,50 Gulden monatlich. Abzugeben: die 4-gelb. Seite 0,80 Gulden, die 1-gelbe Seite 1,00 Gulden, in Deutschland 0,80 und 1,00 Reichsmark. Abonnements- und Inseratenaufträge in Polen nach dem Danziger Tageskurs.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Nr. 16

Sonntagabend, den 19. Januar 1924

15. Jahrg.

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus Nr. 6.
Postfachkonto: Danzig 2945
Fernsprecher: Für Schriftleitung 720.
für Anzeigen-Annahme, Zeitungsbefestigung und Druckarbeiten 3210.

Deutschnationale Kuriositäten.

Es lassen sich häufig die widersprechendsten Tatsachen vereinen, wenn man ein guter christlicher, frommer Mennonitenprediger sein will und dennoch die Behauptung aufstellt, daß in Danzig sozialistische Wirtschaftspolitik betrieben wurde. Aufschreiend besteht Christl. Mahnung zur Wahrheitsliebe für die Deutschnationalen nicht, wenn sie sich in der Politik betätigen. Als gestern im Volkstag Gen. Kischowski für die sozialdemokratische Fraktion das Verhalten der Danziger Herdbuchhalter, die um schnöden Gewinnes willen Milchvieh aus Danzig ausführen, brandmarkte, bekam es der deutschnationalen Abgeordnete und Mennonitenprediger Dandl fertig, alle Wirtschaftskräfte in Danzig als Folgen der sozialistischen Wirtschaftspolitik des Volkstages und des alten Senats hinzustellen. So stark auch der Glaube eines christlichen Predigers sein muß, diese Behauptung von der sozialistischen Wirtschaftspolitik glaubt selbst Herr Abg. Dandl nicht. Bekanntlich waren im alten Volkstag die bürgerlichen Parteien, die samt und sonders die sozialistische Wirtschaftspolitik ablehnen, weitaus in der Mehrheit und haben sie im Gegenteil leider alle von der Sozialdemokratie eingebrachten Anträge, die eine Beschränkung der kapitalistischen Profitwirtschaft forderten, prompt abgelehnt. Die wenigen Rechte von Zwangswirtschaft jedoch, die wir heute noch haben, und die seinerzeit von der kaiserlichen Regierung während des Krieges eingeführt wurde, als sozialistische Wirtschaftsform zu stempeln, ist so hahnensünder Unfug, und die kaiserlichen Staatssekretäre werden Herrn Dandl vielleicht noch wegen Beleidigung verklagen, da er ihnen sozialistische Experimente vorwirft.

Was aber tun die Deutschnationalen nicht alles, wenn es sich darum dreht, einmal den sparsamen Staatshaushalter zu spielen. In dieser Rolle gefiel sich gestern im Volkstag der deutschnationalen Abg. Bums, der eine längere Philippika gegen den teuren Volkstag, gegen die Diätenwirtschaft und gegen die Zahl der — loslegte, sich aber im übrigen schlau häutete, die Quellen aufzudecken, die wirklich den Staatshaushalt Danzigs in drückender und dabei völlig überflüssiger Weise belasten. Was Gen. Bums gestern gegenüber der deutschnationalen parlamentarischen Versammlung vorbrachte, war wirklich so schwerwiegendes Material, daß sich einigen Deutschnationalen der Seufzer entrang: „O lieber Freund Bums, hättest du doch geschwiegen!“ Die Diäten der Volkstagsabgeordneten, die monatlich noch nicht einmal 70 Gulden ausmachen, sind eine Kapelle gegenüber den Ausgaben, die der Staat für den großen Beamtenapparat leisten muß. Diese Ausgaben sind um so überflüssiger, wenn man bedenkt, daß sie häufig an Leute gezahlt werden, die zwar einen großen Titel haben, aber im übrigen kaum eine nennenswerte Arbeit für ihr hohes Gehalt leisten. Dazu noch die ungeheure Vermehrung der höheren Beamtenzahl. Es ist eine Verschwendung von Staatsgeldern, wenn z. B. die Anzahl der oberen Amtsbekleideten in Danzig mehr als doppelt so groß ist als früher, wo der Bezirk der Danziger Gerichte einen großen Teil vom jetzigen Kammerbezirk mit umfaßte. Und es ist die allergrößte Verschwendung von Staatsgeldern, wenn sich der kleine Freistaat Danzig eine 22köpfige Regierung leistete, eine Anzahl von Ministern, wie sie selbst die großen Weltreiche nicht haben. Ueber alle diese Dinge schweigt der deutschnationalen Redner sich natürlich aus. Seine Ausführungen und auch die mancher anderen bürgerlichen Politiker sind nur für die Fische des Spieglbürgers berechnet, der sich in den Bürgervereinen austobt. In seiner Untertanenrolle mag er es natürlich nicht, mannhafte Kritik zu üben, wenn es sich um wirkliche Missetaten im Staate handelt. Das sind für einen Bürgervereinspolitiker göttgewollte Zustände. Da man aber auch ein bishigen Opposition treiben will, reißt man

sich am Volkstag, der ja wegen seines demokratischen Wahlrechts und seiner Vollmachten sonst so all den Leuten verhaßt ist, die im früheren preussischen Landtag und den Kommunalparlamenten die idealsten Volksvertretungen sahen.

Es ist gut, daß durch den Verlauf der Volkstagsverhandlungen die Parteien schon jetzt gezwungen werden, offen Farbe zu bekennen.

Kahrs Diktatur vor dem Ende?

Die Symptome dafür mehren sich, daß das Generalstaatskommissariat v. Kahr seinem Ende entgegengeht, wodurch ein wesentliches Hemmnis für die Verständigung zwischen Bayern und dem Reich beseitigt würde. Schon vor einigen Tagen war in den Beratungen des Verfassungsausschusses des bayerischen Landtages eine geschlossene Front der Linken gegen Kahr zu verzeichnen, die von den Rechtsradikalen unterstützt wurde. Es handelte sich da um die Frage, ob Kahr gleichzeitig Generalstaatskommissar und Zeuge im

Hiller-Prozess sein könne, was von der Opposition verneint wurde.

Im Verfassungsausschuß des bayerischen Landtages beantragte der völkische Abgeordnete Roth die sofortige Aufhebung des Verbois der völkischen Presse in Bayern. Als strikte Gegner des Antrages Roth traten nur die Redner der Bayerischen Volkspartei auf, während die Abgeordneten der demokratischen und der sozialdemokratischen sowie der Mittelpartei dem Antrag zustimmten, der schließlich auch Annahme fand.

Die wiederholt geforderte Zusammenstellung der Anordnungen und Verfügungen des Generalstaatskommissariats ist nunmehr dem Parlament zugegangen. Im Verfassungsausschuß des bayerischen Landtages erklärte Staatsminister Sawyer unter lebhafter Bewegung der Linken, daß die Staatsregierung von verschiedenen Verfügungen und Maßnahmen des Generalstaatskommissars bisher keine Kenntnis hatte, da sie der Regierung nicht vorgelegt wurden.

Die Neuwahlen in Frankreich.

Die laufende Legislaturperiode des französischen Parlaments geht am 31. Mai zu Ende. Die Neuwahlen zur Kammer, die nach der Verfassung frühestens 60 Tage vor dem Erlöschen des Mandats der gewählten Deputierten stattfinden und zwischen deren Ausschreibung und Durchführung ein Zeitraum von 20 Tagen liegen soll, hätten demnach zwischen dem ersten Sonntag im April und dem letzten Sonntag im Mai stattzufinden. In gut unterrichteten Kreisen wird der französischen Regierung neuerdings die Absicht ausgeschrieben, diesen Termin um einige Wochen früher zu legen. Durch ein Gesetz soll die gegenwärtige Legislaturperiode um zwei Monate verkürzt werden, so daß die Wähler bereits am 2. März zur Entscheidung berufen werden dürften. Die Gründe, die der Regierung einen solchen Entschluß nahelegen könnten, sind mannigfacher Natur. Einmal hat Herr Poincaré mit Rücksicht auf die außerordentliche Situation alles Interesse daran, den Wahlkampf, der diesmal im Zeichen des Kampfes gegen den nationalen Block und den Imperialismus der französischen Außenpolitik besonders erbittert zu werden verspricht, nach Möglichkeit abzukürzen. Dann aber ist es vor allem die in einem Zusammenhang mit der fortwährenden Entwertung des Frank stehende katastrophale Entwicklung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage des Landes, die die Regierung und mit ihr alle ihrer Verantwortung bewußten Politiker dazu drängt, die gegenwärtige, ausschließlich von der Sorge um ihre Wiederwahl beherrschte und deshalb in allen, die wahren Interessen des Landes berührenden Fragen aktionsunfähige Kammer so schnell wie möglich durch ein Parlament zu ersetzen, das in den wichtigsten Entscheidungen, die die Regierung von ihm verlangen muß, nicht durch wahlaktive Rücksichten gehemmt ist.

Der Mißerfolg der von der Regierung gegen den fortschreitenden Verfall der französischen Währung ergriffenen Maßnahmen, die in Wirklichkeit nicht als lächerliche Palliativmittel waren, hat die öffentliche Meinung des Landes ungewöhnlich stark erregt. Man fürchtet allgemein ein weiteres Sinken des Frank und dessen drohende Rückwirkungen auf das gesamte Wirtschaftsleben des Landes. Die dringenden auferlegten künftigen Dämme — dazu gehört vor allem die gewaltsame Niederhaltung des Lohnniveaus — drohen von Stunde zu Stunde überfüllt und hinweggeschwemmt zu werden. Man weiß in den maßgebenden Kreisen sehr genau, daß, wenn man erst einmal zugeben will, daß man die Rückkehr zur Inflation, gegen die man sich seit zwei Jahren mit allen Mitteln gekämpft hat,

unvermeidlich, und daß dann das Schicksal des Frank endgültig besiegelt sein wird. Das einzige, wirklich wirkliche Mittel, das dieser Entwicklung in den Arm zu fallen vermöchte, wäre eine ernsthafte und mit großer Energie durchgeführte Sanierung der unhaltbaren Situation der Staatsfinanzen. Die Regierung hat in den Jahren seit Friedensschluß mit Hilfe zweifelhafter Budgetkürzungen dem Lande das Bild eines in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichenen, ordentlichen Etats vorgegaukelt, indem sie alle Ausgaben, für die Deckung nicht vorhanden war, auf den außerordentlichen Etat oder das „au Raisons“ Deutschlands — gehende Budget der „dépenses recouvrables“ übernommen hat. Die Folge davon war, daß die französische Staatsverschuldung die vierhundertste Milliarde überschritten hat und Jahr für Jahr um weitere 80–100 Milliarden anwächst. Nur eine ungewöhnlich energische Politik, die vor der rückwärtsgehenden Komprimierung aller Ausgaben nicht zurückschreckt, kann dem drohenden Zusammenbruch Einhalt tun. Welches ist aber nur von einer neuen Kammer zu erwarten. Die alte hat dazu weder das notwendige Verantwortungsbewußtsein, noch den Mut gegenüber der Wählerschaft.

Die Sozialistische Partei Frankreichs wird durch die Neuwahlen vor ein sehr heftiges Dilemma gestellt. Für alle wirklich demokratischen Elemente gibt es in diesem Wahlkampf nur ein Ziel: die Verbrechung des nationalen Blocks, der sich im Jahre 1919 mit Hilfe einer skrupellosen Fälschung des wahren Willens der Wählerschaft die Mehrheit in der Kammer gesichert und seitdem dem Lande eine in innen- wie in außenpolitischer Hinsicht verhängnisvolle Diktatur auferlegt hat. Dieser Kampf gegen die Reaktion aber kann mit fester Aussicht auf Erfolg nur dann geführt werden, wenn die Linke der geschlossenen Phalanx ihrer Gegner eine nicht minder solide und geschlossene Front entgegenstellen vermag. Diese Notwendigkeit wird auch innerhalb der Sozialistischen Partei von den Führern wie von der Wählerschaft rückhaltlos anerkannt. Die Wege scheiden sich nur in der Frage, ob die Bildung dieser Front gesucht werden soll im Anschluß nach rechts, d. h. an die Parteien der entschiedenen bürgerlichen Linken, Radikale, Radikalsozialisten und republikanische Sozialisten, oder im Zusammengange mit den Kommunisten, die seit einigen Wochen die Taktik der schroffen Ablehnung jedes Zusammenganges mit den Sozialisten aufgegeben und selbst die Initiative zu einem Wahlbündnis ergriffen haben.

„Partei der Linken“ oder „Block der Arbeiterparteien“ ist deshalb gegenwärtig die große Streitfrage, die die Sozialistische Partei in zwei Lager gespalten hat. Die endgültige

75 000 Aktien zu je 100 Gulden

stellen das

Kapital der Bank von Danzig dar.

Die Aktien werden ohne Aufschlag ausgegeben. Die Zeichnungen stehen unter Bank- und Dienstgeheimnis.

Keine bessere Verwendung für die sonst zinslosen Ersparnisse
als Anlage in den Aktien

der Bank von Danzig.

Dienstag, den 22. Januar letzter Zeichnungstag.

Entscheidung darüber wird erst auf dem besonders dazu einberufenen Parteitag fallen, der in den Tagen vom 30. Januar bis 2. Februar in Marseille stattfindet. Schon heute aber ist die Diskussion darüber in Verfammlungen und Presse und vor allem auch innerhalb der provisorischen Organisations in vollem Gange. Vorteile und Nachteile dieser Kombination liegen auf der Hand. Wegen der Zusammengehörigkeit der bürgerlichen Parteien sprechen neben der Vermeidung vor der parlamentarischen Ausbeutung einer solchen Koalition die demokratischen Vorzüge vor allem die Vorteile allgemein politischer Natur. Die Radikalen und Sozialisten, die auf bürgerlicher Seite den tragenden Pfeiler eines solchen Kartells der Parteien bilden würden, sind weder auf innen- noch auf außenpolitischem Gebiet sehr zuverlässig. Ihr Programm ist zwar in bestem Sinne demokratisch, aber die Zusammensetzung der Partei ist so ungleichmäßig, die unterschiedlichen Meinungen in ihr so zahlreich und die Parteiführer so gering, daß man innerhalb der Sozialistischen Partei von einem Zusammengehen mit ihnen eine starke Kompromittierung der Zukunft und eine unter Umständen verhängnisvolle Schwächung der propagandistischen Wirkung befürchtet.

Wegen der Ähnlichkeit mit den Kommunisten spricht vor allem deren bisherige Politik. Sie haben in den letzten Jahren ihre Hauptaufgabe in der schonungslosen Bekämpfung der Sozialdemokratie und der Verhinderung der Arbeiterkollaboration gesehen. Das es den Kommunisten bei dem angeblichen Wahlbündnis nicht um die Sache der Arbeiter geht, sondern lediglich um ihre eigenen egoistischen Ziele, ist nun für alle deutlich, die von ihnen geführte Propaganda, daß das Bündnis für die Gesamtheit aller Wahlberechtigten ein und sozialistische Partei auf jedes Zusammengehen mit bürgerlichen Gruppen verzichten müsse. Das sie damit von der Sozialistischen Partei verstoßen, wäre glatter Selbstmord. Ein wirklicher Wahlbündnis könnte einem sozialistisch-kommunistischen Block nur in den nördlichen Industriebezirken beistehen sein, wo bei den letzten Wahlen 153.322 bürgerlichen Stimmen 101.663 sozialistische und 61.279 kommunistische Stimmen zusammengekommen haben. Wäre es darüber hinaus möglich, die Eroberung der Pariser Kommune, in der großen Mehrheit aller übrigen Wahlkreise aber würde ein Block der Arbeiterparteien nur auf minimale Erfolge zu rechnen haben, während im Bündnis mit der bürgerlichen Partei der Sozialisten eine recht beträchtliche Anzahl von Mandaten höher wäre. Die Erfüllung der kommunistischen Forderungen dagegen würde dort überall den leichten Sieg des nationalen Blocks zum Schaden der Demokratie und des Sozialismus zur Folge haben. Denn in den meisten dieser Wahlkreise sind weder die Arbeiterparteien noch die bürgerliche Linke für sich allein stark genug, um der geschlossenen Front der demokratischen Parteien entgegenzutreten. Eine Anzahl Mandate zu erröthen und so die heutige nationalsozialistische Mehrheit in eine demokratisch-sozialistische zu verwandeln. Der Gewinn einer Mandate im Verein mit den Kommunisten würde demnach mit der Preisgabe der demokratischen Zusammengehörigkeit mit der bürgerlichen Linke höherer Erledigung des nationalen Blocks bezahlt werden müssen.

Ermahnungen dieser Art waren es zweifellos, die bereits zahlreiche Wahlorganisationen über den Kopf der Parteiführer hinweg die Abmachungen mit den Sozialisten haben abschließen lassen, die allerdings nach der Behauptung durch den Parteitag unrichtig sind. Die Verantwortung der Entscheidung, die dort die Führer zu treffen haben werden, ist unter diesen Umständen doppelt schwer.

Poincarés Politik gegen Deutschland.

In der französischen Kammer verteidigte gestern Poincaré seine Politik gegen Deutschland gegenüber den Angriffen von links. Er erklärte, er müsse Herricks Darstellung widersprechen, daß die französische Regierung auf den Kräfteverhältnissen von London und Paris 1922 nur den Schein gewahrt habe, aber im Grunde schon entschlossen gewesen sei, das Ruhrgebiet zu besetzen. Anfang 1920 habe er erklärt, daß das Ruhrgebiet Besatzungsgebiet und Belgien nur ein Mittel für den europäischen Fall wäre. Poincaré entwidete darauf die diplomatische Vorgeschichte der Ruhrbesetzung. Im Jahre 1920 mit denselben Forderungen gegen Deutschland eingeleitet und ihm dabei ein Vorbehalt ohne Forderungen an gemacht, daß keine bedeutende Forderungen zu stellen, keine Forderungen für immer unbezahlt nach Hause zu schicken. Die französische Kammer sei mit Belgien darin einig, daß Ruhrgebiet nur nach Maßgabe der deutschen Zahlungen zu räumen. Gegenüber den Interpellationsrednern, die ihm vorwarfen, er sei nach der Aufgabe des ruhrischen Gebietes, das den anstehenden Forderungen gegenüber dem Ruhrgebiet zu stellen, habe Poincaré die Maßnahmen der deutschen Regierung hätten demnach gezeigt, daß es sich nur um eine

fiktive Abstraktion handele. Poincaré beschäftigte sich dann mit der separatistischen Bewegung und verlas eine Senatsrede Clemenceaus, aus der er schloß, daß Clemenceau gewiß nicht habe, daß die Deutschen den Verfall des Reichs selbst herbeiführen, damit sie nicht eines Tages durch eine Minorität in einen Krieg gegen Frankreich hineingeworfen würden.

Poincaré befaßte sich dann mit der Enquete des englischen Generalconsuls in der Pfalz und stellte fest, daß die Rolle der französischen Beamten vollkommen korrekt gewesen sei (?). So sehr die französische Regierung auch wünsche, friedliche deutsche Staaten sich bilden zu sehen, zu denen Frankreich friedliche Beziehungen unterhalten würde, so werde sie niemals daran denken, den Versailler Vertrag anzuheben oder gar die besetzten Gebiete unter französischem Einfluß zu bringen. Er habe es niemals abgelehnt, mit der deutschen Regierung zu verhandeln. Aber wenn der deutsche Geschäftsträger zu ihm gekommen sei, so sei es nicht gewesen, um Vorschläge zu machen, sondern um Forderungen zu stellen. Wenn die deutsche Regierung verhandeln wolle, so solle sie selbst sprechen.

Nach kurzer Debatte erklärte sich Poincaré mit der Tagesordnung Manant und Brousses einverstanden. Die Priorität für diese Tagesordnung wurde von der Kammer mit 415 gegen 121 Stimmen bewilligt. Die erste Hälfte wurde mit 446 gegen 122, die zweite Hälfte mit 445 gegen 126 und darauf die gesamte Tagesordnung durch Hände ausbehalten angenommen.

Englands friedliche Revolution.

In der Unterhausdebatte führte der Führer der Progressiven Partei Lloyd George aus, eine Revolution mit konstitutionellen Mitteln sei im Auge, während Revolutionen in anderen Ländern mit Blutvergießen und Gewalt begleitet seien. Die Arbeiterpartei werde Pläne zur Reorganisation der Industrie einbringen. Wenn die Verstaatlichung das einzige Mittel für eine zweckmäßige Organisation der Industrie und Arbeit sei, so werde diese vorgeschlagen werden.

Churchill bezeichnet in einem von der Progressiven Partei eingebrachten Schreiben die Einföhrung einer Arbeiterregierung als ein ernstes nationales Unglück. Er regt an, daß das Unterhaus der Zurückweisung des Sozialismus Ausdruck gebe.

Requith gegen sozialistische Experimente.

Der liberale Führer Asquith erklärte, die liberale Partei sei entschlossen, genau so wenig Einmischung für sozialistische Experimente als für konservativen Sozialismus zu zeigen. Das werde man schon sehen, wenn man die Liberalen auf die Probe stelle. So wie das letzte Unterhaus annehmungslos sei, sei es übrigens hinfällig, von einer unmittelbaren Gefahr eines sozialistischen Regimes zu sprechen. In der Geschichte und in allen wichtigen Fragen der Verfassung sei das Unterhaus die höchste Instanz und müsse es bleiben. Es wäre hingegen gut, im Interesse des Ansehens Großbritanniens und der ganzen Welt, wenn in großen Fragen der Sozialgeschichte eine gemeinsame Linie nicht nur zwischen Arbeiterparteilern und Liberalen, sondern auch zwischen den drei Parteien eingehalten werden könnte.

Reichstagswahlen im Mai.

Die „Demokratische Zeitungsbildung“ hört, in noch von keiner nahegelegenen politischen Stelle, ein bestimmter Tag für die kommenden Reichstagswahlen in Aussicht genommen. Die Regierung sei der Ansicht, daß es wünschenswert wäre, wenn die Stabilisierung der englischen Arbeiterregierung und der Ausfall der französischen Kammerwahlen der deutschen Reichstagswahl vorausgingen, und wenn ferner die innerpolitische Gesundheit noch einige Fortschritte machen könnte. Danach werde man annehmen dürfen, daß die Wahlen im Mai oder Juni stattfinden werden.

Reichstagspräsident Schacht in Paris. Es wird berichtet, daß Reichstagspräsident Schacht am Montag zum erstenmal einer Sitzung des 1. Sachverständigenausschusses beizuwohnen wird. Staatssekretär Bergmann weiß bereits seit mehreren Tagen in Paris. Dem „Temps“ zufolge haben heute vermehrt offizielle Besprechungen zwischen einigen Mitgliedern des Sachverständigenausschusses über die Lage der Sachstange vorliegenden Fragen stattgefunden.

Das neue Heim des ADGB.

Die Arbeiter der von Not hart bedrängten deutschen Republik hat ihrer Tatkraft ein glänzendes Zeugnis ausgestellt, als sie in diesen schweren Zeiten durch ihre Organisation daran ging, für ihre kulturellen und wirtschaftlichen Bestrebungen neue Häuser zu errichten. Als erstes Beispiel der Berliner Volkshilfe begannen, mit Unterstützung der Allgemeinheit beendet wurde. Heute wollen wir auf ein anderes Werk hinweisen, das ganz aus eigenem durch die Zusammenfassung der gewerkschaftlichen Kräfte der Arbeiter, ist im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund vollendet wurde: das neue Heim des ADGB. In Berlin umschließt das Spittelmarkt 11 das von drei Straßen umgrenzte Grundstück erworben. In nächster Nähe liegt auch der Bahnhof Jannowitzbrücke und eine Untergrundbahnstation ist dicht neben dem Hause. Zahlreiche Straßenbahnlinien laufen im Zentrum der Stadt zusammen. Auf der 277 Quadratmeter großen Baustelle standen und stehen noch heute drei alte Wohnhäuser, etwa ein Drittel der Baustelle wurde für die Errichtung des Neubaus in Aussicht genommen. Die Baukosten wurden im März 1922 auf etwa 1 1/2 Millionen Mark veranschlagt. Mehr als einmal hatte es den Anschein, als ob die Inflation und die durch sie hervorgerufenen wirtschaftlichen Mischstände das begonnene Werk zum Stillstand bringen könnten. Allen Hindernissen zum Trotz ist es gelungen, den Bau zu vollenden. Am 28. März 1922 gab der Bundesausschuss seine Zustimmung zur Errichtung eines neuen Gewerkschaftshauses auf dieser Stelle. Die Pläne zu dem Neubau wurden von den Architekten Taut und Hoffmann entworfen. Die Bauausführung wurde der Bauhütte, Mittels des Verbandes sozialer Baubetriebe übertragen. Im April 1922 wurde mit dem Werk begonnen. Jetzt ist das Haus vollendet. Fünf Stockwerke hoch steht es sich hier mitten im alten Berlin empor. Es ist ein Haus von „modernen“ Formen geworden, ein Rechenbau, dessen weiße Hauptlinien zwischen roten Flächen hervortreten. Keine runden Formen, alles eckig und kantig. In das Gebäude äußerlich durch Weiß und Rot gekennzeichnet, so herrschen im Innern Blau und Grün, Gelb und Rot, Braun und Schwarz, eine ganze Farbenwelt, die jedoch in breiten Flächen in ihrer bestmöglichen Wirkung aufgetragen sind. Im Erdgeschoss wird die neue von den Gewerkschaften errichtete „Halle der Deutschen Gewerkschaften“ untergebracht. Im Keller ist eine nach modernen Grundsätzen ausgestattete Kantine eingerichtet. Im 1. Stockwerk sind die Büros des Gewerkschaftsbundes, darunter auch die Räume des Vorstandes. Im 2. Stockwerk ist neben dem Vorstand die ständige Bibliothek untergebracht. Im 3. Stockwerk liegen der große und der kleine Saal, deren Ausstattung große Beachtung verdient. Bei aller Einfachheit hat der Architekt durch elegante Anwendung moderner Formen recht stimmungsvolle Räume erzielt. Die Räume des 4. und 5. Stockes sollen für Geschäftswecke vermietet werden. Im Dachgeschoss liegen einige Fremdenzimmer für auswärtige Gäste des ADGB.

Fortschritte im sozialistischen Pressewesen. Viele Leute reden von der Arbeiterbewegung nur noch als von einer revolutionären Macht. Wie widersinnig, diese Auffassung ist, beweist am trefflichsten die Entwicklung, die die sozialistische Arbeiterpresse im Laufe der letzten Monate auf dem deutschen Lande genommen hat. Es können hier nicht weniger als sieben zum größten Teil erst kürzlich gegründete Zeitungsorgane genannt werden. So ist in Brandenburg die „Brandenburgische Landpost“ erschienen, während in Mecklenburg die „Landpost“, in Halle die „Landpost“ und in Ostpreußen die „Ostpreussische Landpost“ gegründet wurden. In Süddeutschland ist man zu der Herausgabe der „Süddeutschen Landpost“ übergegangen. Diesen Organen gesellt sich die „Landpost“ in Pommern und die „Landpost“ in Mähren an. Alle diese Organe sind ausschließlich für die Landbevölkerung bestimmt und werden im engeren Einvernehmen mit den Gewerkschaften des Deutschen Landarbeiter-Verbandes herausgegeben. In einigen Fällen wird die Gemeinschaftlichkeit des politischen und gewerkschaftlichen Wirkens dadurch hervorgerufen, daß man den Untertitel „Mittelstandsblatt des Deutschen Landarbeiter-Verbandes“ eingefügt hat.

Einwanderungsbeschränkung in Amerika. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington soll dem Senat in dieser Woche ein Gesetzentwurf zugehen, der die Zulassung von nur zwei Prozent der im Jahre 1920 in den in Frage kommenden Ländern lebenden Bevölkerung für die Einwanderung vorsehe. Demnach würden im laufenden Jahre nur 170.000 Einwanderer der verschiedenen Nationalitäten in den Vereinigten Staaten zugelassen werden. Die Zahl belief sich im vergangenen Jahr auf 300.000.

Aus meinem Leben.

Unter Benutzung des autobiographischen Materials meiner verstorbenen Eltern (Mutter und Vater) hochachtungsvoll gewidmet.

Der Philipp Schürmann.

Der Philipp Schürmann lebte in den ersten Jahren des 19. Jahrhunderts in der Gegend von Berlin. Er war ein sehr tüchtiger Mann, der sich in der Verwaltung auszeichnete. Er war ein sehr tüchtiger Mann, der sich in der Verwaltung auszeichnete.

Im Jahre 1800 wurde er zum erstenmal in die Verwaltung berufen. Er war ein sehr tüchtiger Mann, der sich in der Verwaltung auszeichnete. Er war ein sehr tüchtiger Mann, der sich in der Verwaltung auszeichnete.

Im Jahre 1810 wurde er zum zweitenmal in die Verwaltung berufen. Er war ein sehr tüchtiger Mann, der sich in der Verwaltung auszeichnete. Er war ein sehr tüchtiger Mann, der sich in der Verwaltung auszeichnete.

Im Jahre 1820 wurde er zum drittenmal in die Verwaltung berufen. Er war ein sehr tüchtiger Mann, der sich in der Verwaltung auszeichnete. Er war ein sehr tüchtiger Mann, der sich in der Verwaltung auszeichnete.

Der Philipp Schürmann lebte in den ersten Jahren des 19. Jahrhunderts in der Gegend von Berlin. Er war ein sehr tüchtiger Mann, der sich in der Verwaltung auszeichnete. Er war ein sehr tüchtiger Mann, der sich in der Verwaltung auszeichnete.

Im Jahre 1800 wurde er zum erstenmal in die Verwaltung berufen. Er war ein sehr tüchtiger Mann, der sich in der Verwaltung auszeichnete. Er war ein sehr tüchtiger Mann, der sich in der Verwaltung auszeichnete.

Im Jahre 1810 wurde er zum zweitenmal in die Verwaltung berufen. Er war ein sehr tüchtiger Mann, der sich in der Verwaltung auszeichnete. Er war ein sehr tüchtiger Mann, der sich in der Verwaltung auszeichnete.

Im Jahre 1820 wurde er zum drittenmal in die Verwaltung berufen. Er war ein sehr tüchtiger Mann, der sich in der Verwaltung auszeichnete. Er war ein sehr tüchtiger Mann, der sich in der Verwaltung auszeichnete.

Im Jahre 1830 wurde er zum viertenmal in die Verwaltung berufen. Er war ein sehr tüchtiger Mann, der sich in der Verwaltung auszeichnete. Er war ein sehr tüchtiger Mann, der sich in der Verwaltung auszeichnete.

Im Jahre 1840 wurde er zum fünftenmal in die Verwaltung berufen. Er war ein sehr tüchtiger Mann, der sich in der Verwaltung auszeichnete. Er war ein sehr tüchtiger Mann, der sich in der Verwaltung auszeichnete.

Der Philipp Schürmann lebte in den ersten Jahren des 19. Jahrhunderts in der Gegend von Berlin. Er war ein sehr tüchtiger Mann, der sich in der Verwaltung auszeichnete. Er war ein sehr tüchtiger Mann, der sich in der Verwaltung auszeichnete.

Im Jahre 1800 wurde er zum erstenmal in die Verwaltung berufen. Er war ein sehr tüchtiger Mann, der sich in der Verwaltung auszeichnete. Er war ein sehr tüchtiger Mann, der sich in der Verwaltung auszeichnete.

Im Jahre 1810 wurde er zum zweitenmal in die Verwaltung berufen. Er war ein sehr tüchtiger Mann, der sich in der Verwaltung auszeichnete. Er war ein sehr tüchtiger Mann, der sich in der Verwaltung auszeichnete.

Im Jahre 1820 wurde er zum drittenmal in die Verwaltung berufen. Er war ein sehr tüchtiger Mann, der sich in der Verwaltung auszeichnete. Er war ein sehr tüchtiger Mann, der sich in der Verwaltung auszeichnete.

Im Jahre 1830 wurde er zum viertenmal in die Verwaltung berufen. Er war ein sehr tüchtiger Mann, der sich in der Verwaltung auszeichnete. Er war ein sehr tüchtiger Mann, der sich in der Verwaltung auszeichnete.

Im Jahre 1840 wurde er zum fünftenmal in die Verwaltung berufen. Er war ein sehr tüchtiger Mann, der sich in der Verwaltung auszeichnete. Er war ein sehr tüchtiger Mann, der sich in der Verwaltung auszeichnete.

von Oskar Maria Graf.

Kopf der haltlos auf seine Brust herabstüßte.
„Kalt!“ brummte Gruvi ebenso kalt und schloß die Augen. Auch sein Kopf sank herüber auf das Genick
anderer.

immer lauter, bis Warmfließ richtig im Schnarren
hieß und erwachte. Verdunst murte er vor sich hin: „
— — — — —“

Dieses Wort überseht man bei uns mit Hochmut.

Don Multatuli.

im Wege.
Dieses Wort überseht man bei uns mit Hochmut.

Don Moneta.

Garten auf den Tisch, daß es knallte, und schrie dabei immer lauter, bis Warmfleisch richtig im Schnarchen innehielt und erwachte. Verthüst murkte er vor sich hin: „Er ist ein ganz anderer Mensch! Ihr könnt doch nichts sehen.“

Im Finstern? Berrücktheit! Ihr könnt doch nichts sehen

Danziger Nachrichten.

Streikende Landarbeiter vor dem Schwurgericht.

Vor dem Schwurgericht standen heute die Landarbeiter Albert Behrendt, Jakob Polchinski, Johann Widder, Franz Kramkowski und Johann Wöbau aus Schönhorst, die auf Grund einzelner Vorgänge während des Landarbeiterstreiks im August v. J. wegen Landfriedensbruch angeklagt waren. Dem Erstgenannten wird ferner noch versuchter Totschlag vorgeworfen. Die Angeklagten befinden sich zum größten Teil seit August in Untersuchungshaft. Es handelt sich bei den Leuten um ältere verheiratete Leute.

Während des Landarbeiterstreiks arbeiteten bei einzelnen Besitzern die polnischen Saisonarbeiter weiter, was naturgemäß große Eregung unter den Streikenden hervorrief. Diese versuchten ihre polnischen Kollegen zum Mitstreifen zu bewegen. Hierbei soll beim Besitzer Wiens in Schönhorst auf die polnischen Streikbrecher geschossen worden sein. Der Landarbeiter Behrendt wurde einige Stunden später deshalb von zwei Schutzbeamten und einem Landjäger verhaftet. Als sie durch Schönhorst kamen, waren einzelne Landarbeiter hinter die nach ihrer Meinung ungesetzmäßige Verhaftung traten. Bei dieser Auseinandersetzung schlug der Beamte mit blanker Waffe auf Behrendt ein, der mehrere Verletzungen am Kopf und Arm davontrug. Einzelne der Angeklagten wollten Behrendt gegen diese ungesetzliche Behandlung in Schutz nehmen. Der Angeklagte Behrendt erhielt einen Schlag ins Bein, den nach seiner Meinung nur einer der Schutzwachleute abgeben haben kann. Er rief hierauf diesem Beamten den Revolver fort und ließ ihn verfolgen. Der Beamte legte auf ihn seinen Revolver an, worauf B. sich umdrehte und den Revolver auf den Beamten richtete, ohne jedoch nach seiner Angabe geschossen zu haben. Der Beamte ist auch unversehrt geblieben. Aus diesem Vorgang hat die Anklage einen versuchten Totschlag und Landfriedensbruch gemacht. Bemerkenswert sei noch, daß die Schutzbeamten eine Handgranate in die Menge warfen, die zum Glück niemand verletzte. Die Verhandlung dauerte bei Schluß der Redaktion noch fort.

Pah-Fälschungen.

Vor dem Schwurgericht hatte sich gestern der frühere Bureauhilfsarbeiter bei der Poststelle des Danziger Polizeipräsidiums, Ernst Hohmann, wegen Fälschung einer Urkunde und Unterschlagung zu verantworten. Der Angeklagte hatte für einen inzwischen nach Deutschland emigrierten Kaufmann M., der nicht freigeschrieben war, zur Erlangung der Einreiseerlaubnis nach Polen auf Grund gefälschter Papiere einen Pah beiseite, wofür er

von M. 400 Mark erhielt. Der Angeklagte will durch mißliche wirtschaftliche Umstände dazu getrieben worden sein. Er mußte sich in seiner Eigenschaft als Hilfsbeamter der Poststelle vom Einwohner-Meißner das betreffende Requisitionsbild des M. zu verschaffen, auf dem dessen Angehörigkeit zum Deutschen Reich angegeben war. Er vernichtete dieses Requisitionsbild und stellte ein neues aus, in dem vermerkt war, daß M. schon einige Zeit vor dem 10. Januar 1921 nach Danzig gezogen war. Um sich nicht durch seine Fälschung zu verraten, mußte er einen Bekannten zu bewegen, das Bild nach einem von ihm gemachten Entwurf anzufertigen. Dann ließ er von einem Bekannten der Poststelle daraufhin den Pah anstellen. Der Angeklagte war in vollem Umfang gehandigt, so daß der Gerichtshof von der Verurteilung absehen konnte. Die Geschworenen bejahten die Schuldfragen wegen Vernichtung einer amtlichen Urkunde, Fälschung einer Urkunde und Unterschlagung einer amtlichen Urkunde, unter Berücksichtigung der für den Angeklagten sprechenden mildernden Umstände. Das Urteil lautete auf eine Gesamtstrafe von ein Jahr zwei Monaten Zuchthaus, und dem Geis entsprechend außerdem auf eine Geldbuße von 30 Gulden.

Die endgültigen Danziger Briefmarken.

In den nächsten Tagen gelangen endgültige Postwertzeichen der Freien Stadt Danzig zur Ausgabe, und zwar zunächst die Werte zu 5, 10 und 15 Pfg. Das Markenbild ist ein Schild mit dem Danziger Wapen innerhalb einer ringförmigen Einfassung. Der Ring trägt die Inschrift Freie Stadt Danzig. Die den Plannigern angeben den Ziffern befinden sich in den vier Ecken. Die Marken sind einfarbig und auf Papier mit kleinem liegenden Waben-Wasserzeichen gedruckt. Die Farbe der Marken zu 5 Pfg. ist orange, die der Marken zu 10 Pfg. grün und die der Marken zu 15 Pfg. grau. Die Ausgabe der Marken mit höheren Werten, die zweifarbig gedruckt werden, erfolgt später.

Der Überfall im Eisenbahnzuge.

Ueber den gestern gemeldeten Raubüberfall im Eisenbahnzuge werden jetzt amtlich folgende Einzelheiten mitgeteilt: In der Nacht zum Donnerstag ist im Zuge Warschau-Danzig auf den Sejmabgeordneten Moritz Wertheim, der der deutschen Minderheitspartei angehört und im Kreise Aufnahmefähigkeit ist, ein Überfall verübt worden. Am 24. April, in dem Wertheim lag, drang ein Räuber ein und versuchte, sich des Reisepasses zu bemächtigen, indem er die Reisenden mit der Waffe bedrohte. Auf die Hilferufe der Reisenden schoß der Räuber und verließ Wertheim leicht. Der Räuber sprang dann aus dem Zuge.

Der Verkehr im Hafen hat in der letzten Woche weiter nachgelassen. Es liefen nur 81 Schiffe ein gegen 45 in der Vorwoche. Davon waren 3 Dänen, 8 Danziger, 1 Schlepper, 1 Seefischer, 17 Deutsche (1 Schlepper, 2 Seefischer), 1 Engländer, 2 Holländer, 1 Pette, 3 Norweger, 1 Schwede. Die Ladung bestand bei 11 aus Gütern, bei 2 aus Gerichten, bei 1 aus Eisen. Aus Seerott lief 1 Schiff ein. Passagiere und Stückgut hatten 3 an Bord. Leer liefen 13 ein (Vorwoche 19). Die Zahl der ausgelassenen Schiffe betrug 38 (Vorwoche 41), davon waren 5 Dänen, 2 Danziger, 87 Deutsche (6 Schlepper, 8 Seefischer), 3 Engländer, 1 Franzose, 6 Norweger, 4 Schweden. Holz hatten 14 Schiffe geladen (Vorwoche 8), Holz und Stückgut 7 (Vorwoche 2), sonst bestand die Ladung bei 4 aus Zucker, bei 14 aus Gütern, bei 1 aus Phosphat, bei 1 aus Gütern und Gesteinsmehl. Leer liefen 10 Schiffe aus (Vorwoche 8). Passagiere und Stückgut hatten 3 an Bord. Ohne Ladung zu nehmen liefen 4 Schiffe aus, da sie den Hafen nur aus Seerott angelassen hatten. Der Passagierverkehr betrug im Eingang 41 (Vorwoche 254), im Ausgang 275 (Vorwoche 421) Köpfe. Auf die einzelnen Häfen verteilten sich die Gesamtziffern wie folgt: es kamen ein und gingen nach Hull 0 (111) London 88 (0), Riga 0 (11), Kopenhagen 2 (0), Bremen 1 (0), Le Havre 0 (153).

Verurteilte Händler. Die Händlerfrau Martha Schröder geb. Weimer in Danzig, Rammkau 1, ist vom Schöffengericht Danzig zu 20 Gulden Geldstrafe verurteilt worden, weil sie sich am 27. Oktober 1923 in Danzig geweigert hat, Kartoffeln gegen Reichsmark zu verkaufen. — Der Händler Bernhard Kramkowski, Jungferngasse 1, verkaufte am 24. Oktober 1923 Birnen und Äpfel, die er selbst mit 30 bzw. 22 Goldpfennige für 1 Pfund eingekauft hatte, mit 50 bzw. 40 Goldpfennige je Pfund. Durch rechtskräftigen Strafbefehl wurde er wegen Preistreiberi mit 50 Gulden bestraft.

Ämtliche Börsennotierungen.

Danzig, 18. 1. 24

1 Dollar: 5,91 Danziger Gulden.
1 Million poln. Mark: 0,63 Danziger Gulden.
1 Rentenmark 1,36 Gulden.
1 Billion Reichsmark 1,35.

Berlin, 18. 1. 24

1 Dollar 4,2 Billionen, 1 Pfund 18 Billionen Mk.

Danziger Getreidepreise vom 18. Januar. (Ämtlich.)
In Danziger Gulden per 50 Kg. Weizen 10, — 10,50, Roggen 5,95 — 6,15 Gerste 6,15 — 6,50, Hafer 5,30 — 5,50.

Wir verzinsen vom 1. Januar 1924 ab Spareinlagen und Depositen

in Danziger Gulden

bei provisionsfreier Rechnung

bei täglicher	Verfügung mit	6%
„ einmonatl.	Kündigung	7%
„ dreimonatl.	„	8%
„ sechsmonatl.	„	10%

Sparkasse der Stadt Danzig

Sparkasse des Kreises Danziger Höhe

Sparkasse des Kreises Danziger Niederung

Sparkasse des Kreises Hr. Werder

Sparkasse der Gemeinde Oliva

Sparkasse der Stadt Tiegendorf

Sparkasse der Stadt Zoppot

Danziger Sparkassen-Aktien-Verein

Springer-Liköre



Nur Qualitätsmarken!

Sämtl. Drucksachen

In geschmackvoller Ausführung liefert in kürzester Zeit bei mäßigen Preisen
Buchdruckerei J. Gehl & Co.,
Danzig, Am Spandauer 6. Telefon 3296

Die billige Woche!

Cheviot	ca. 1,20 m breit	2 ⁷⁰
Manchester	1a Qualität	3 ⁹⁰
Blusen-Flanell	1a Ware	1 ²⁰
Flausche	1,40 m breit, gute Qualität	6 ⁶⁰
Aleiderstoffe	reine Wolle, 1,30 m breit	3 ²⁵

9 Lange Brücke 9

Sparkasse der Stadt Danzig.

Langgasse 47, durchgehend nach Jopengasse 36/38

Fernsprecher 3041—3045, 7321—7325

Nebenstellen: Altstadt Graben 93, Fernspr. 3093 / Langfuhr, Hauptstr. 106, Fernspr. 3273 / Neufahrwasser, Olivaer Str. 38, Fernspr. 3553

Spareinlagen und Depositen

in Danziger Gulden

verzinsen wir vom 1. Januar 1924 ab bei provisionsfreier Rechnung

bei täglicher Verfügung mit 6 Proz.

„ einmonatl. Kündigung m.	7	„
„ dreimonatl.	8	„
„ sechsmonatl.	10	„

Eröffnung von Konten in laufender Rechnung in Danziger Gulden und in Auslandswährung.

Kreditgewährung zu günstigen Bedingungen. Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte.

Die ersten Auseinandersetzungen.

Bereidigung der neugewählten Senatoren. - Viehausfuhr und Milchknappheit. - Abbau des Volkstags und des Senats. - Die berufständischen Vertretungen.

Nicht weniger als 17 Punkte umfaßte die Tagesordnung der gestrigen Volkstagsitzung; davon wurden 8 erledigt, 9 vertagt und die übrigen abgesetzt. Dabei ist zu beachten, daß im alten Volkstag zu den einzelnen Fragen sieben Fraktionsredner Stellung nahmen, deren Zahl sich jetzt bedeutend erhöht hat. Es kam während der Verhandlungen, die eine Anzahl „Tunatsreden“ brachten, wiederholt zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen rechts und links.

Präsident Dr. Treichel eröffnete die Sitzung gegen 8 1/2 Uhr und gab bekannt, daß der Abg. Leiding (D.F.) sein Volkstagsmandat niederlegt habe. Von der Deutsch-Danziger Volkspartei haben die Abgeordneten Dr. Unger und Friedke ihre Mandate niedergelegt. Ihre Nachfolger, Polster und Düren, nahmen bereits an der Sitzung teil. Der Präsident gab alsdann ein Schreiben des Senatsvorsitzenden Komelowski bekannt, worin dieser mitteilt, daß er nunmehr sein Amt als Senator niederlegt. Da jetzt eine Klärung der politischen Verhältnisse erfolgt sei, der deutsch-nationale Antrag, dem Senator D. das Mißtrauen auszusprechen, war damit gegenstandslos geworden und mußte deshalb von der Tagesordnung abgesetzt werden. - Abgesetzt wurde auch die kommunistische Anfrage wegen Verhaftung von Kommunisten und die Anfrage betr. Anerkennung Samlet-Rußlands und die Anhörung von Handelsbeziehungen mit diesem Lande. Dem neuen Senat soll erst Gelegenheit gegeben werden, dazu Stellung zu nehmen.

Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten erfolgte die

Bereidigung der neugewählten Senatoren.

Präsident Sahm richtete an die zu vereidigenden Senatoren folgende Ansprache: „Der Volkstag hat Sie in der vorausgesetzten Sitzung zu Senatoren gewählt. Gemäß § 28 der Verfassung liegt mir die Aufgabe ob, die neu in den Senat eintretenden Mitglieder einzuführen. Durch Handchiffen an Eidesstatt verpflichte ich Sie für Ihr hohes Amt.“ Der Senatspräsident sprach dann die Eidesformel: „Ich werde die mir als Mitglied des Senats obliegenden Pflichten getreulich erfüllen, mein Amt gewissenhaft führen, die Verfassung und die Gesetze beobachten, verschwiegen sein in allem, was geheim zu halten mir geboten wird, und das Wohl der Freien Stadt Danzig fördern.“ Durch Handchiffen und mit den Worten: „Ich gelobe es, so wahr mir Gott helfe!“, leiteten die neu gewählten Senatoren den Eid auf die Verfassung ab. Präsident Dr. Treichel richtete an die Neuwahligen eine kurze Begrüßungsansprache, in der er zum Ausdruck brachte, daß durch gemeinsame Arbeit Erreichliches zum Wohle der Freien Stadt geleistet werden könne.

Dann fand die Große Anfrage der Vereinigten Sozialdemokratischen Fraktion über die

Ausfuhr von Herdbuchvieh

zur Verallgemeinerung. Abg. Gen. Komelowski wies in der Begründung der Anfrage darauf hin, daß am 23. Januar wiederum eine Herdbuchvieh-Ausfuhr in Danzig erfolgt sei. Die Gefährdung der Ausfuhr von 300 Stück Milchvieh hiebei. Dadurch werde die schon ohnehin bedenklich knappe Milchversorgung Danzigs noch weiter gefährdet. In anderen Städten, die ähnlich wie Danzig von landwirtschaftlichen Gebieten umschlossen werden, könne man einen derartigen Mißstand nicht. Schon jetzt sei die Milch 25 Proz. teurer als im Frieden. Der arbeitenden Bevölkerung hieße es außerordentlich schwer, diesen Preis zu zahlen für Arbeitslose und Rentner sei er jedoch unerträglich. Scharf rügte Redner das Versäumnis von Milch an Vieh. Höher als das Interesse einer kleinen Anzahl Viehsüchter müsse das allgemeine Interesse stehen. Mißacht des Senats sei es dafür zu fordern, daß nicht ein Stück Danziger Vieh über die Danziger Grenze gebracht werde. Durch die Ausfuhr von Milchvieh werde die Milchknappheit verstärkt.

Ein Regierungsvertreter wollte den Volkstag davon überzeugen, daß die Ausfuhr von 300 Stück Milchvieh keinen Einfluß auf die Milchversorgung Danzigs habe. Die Transportverhältnisse seien Schuld an der augenblicklichen Milchknappheit in Danzig. Seine Mitteilungs, daß bei größerer Zufuhr der Milchpreis wieder fallen werde, wird sich bald als irrig erweisen. Der Senat stehe auf dem Standpunkt, daß ein armseliges Ausfuhrverbot von Milchvieh nicht zweckmäßig sei.

Abg. D. II (D.F.) vertrat selbstverständlich ebenfalls den Standpunkt, daß die Ausfuhr von Herdbuchvieh für die Milchversorgung Danzigs unbedenklich sei. Wenn man hier eine Beschränkung auferlege, werde die Herdbuchviehzucht totgeschlagen. Die Schuld an den hohen Milchpreisen trägen der Milchbörse und die hohen Frachten. Durch die Verdrängung von Milchbörse und Frachten könne die Milchversorgung Danzigs verbessert werden. Bestimmte Anträge richtete er gegen die Kommision von 3 Abgeordneten, die die Herdbuchviehkaufleute auf ihre Angelegenheiten konzentriert. Als er durch die fortgesetzten Anfeindungen von links sich abzuwenden sah, rief er zu stehen. Er wurde umgeben von den Herren des Hauses, die sich die Anträge zum nächsten Teil gegen den früheren deutsch-nationalen Abg. Witt-Schwarze richteten. Stark aufgebracht schloß er dann die Tür der Wandwirtschaft. „Milch werde nicht verschüttet. Der Pandemir sei es nicht möglich, ihre Steuern zu bezahlen. (Lärm: Haben die jemals welche bezahlt?) An der nächsten Tür der Wandwirtschaft sei die sozialistische Wirtschaftspolitik des Senats schuld (Schreie: Heiterkeit die sein Ende nehmen wollen). Anruf: Wer hat denn rentiert? Wenn die Pandemirschaft mehr bedrückt werde, sei der deutsche Charakter Danzigs ernstlich in Gefahr. (Starker Widerspruch links.)

Die kommunistischen Abg. Komelowski und Frau Grefz sprachen sich entschieden gegen jede Ausfuhr von Vieh aus.

Abg. Gen. Komelowski entgegnete dem Abg. D. II, daß das Vieh in Danzig nicht von der Wandwirtschaft, sondern von kleinen Viehbesitzern und Viehhändlern aufzuehalten werde. Ein Teil der Wandwirte habe sich verneigt. Auf deutsch-nationalen Rat hätten sie den Widerstand ein um Weils dafür anzukommen, daß man sich überreichlich annehme. Man sollte auch den kleinen Pandemir Gelegenheit geben, sich hochwertigen Viehbesitzern zu verkaufen. Der nur ein wenig von der sozialistischen Wirtschaftsweise verkehrt kenne die Politik des verflochtenen Viehs als sozialistisch bezeichnen! Redner forderte nochmals, jegliche Ausfuhr von Vieh zu verbieten.

Nach Ansicht des Abg. D. II (D.F.) ist lediglich die Wandwirtschaft schuld an den hohen Milchpreisen.

Abg. Gen. Komelowski stellte die deutsch-nationale Forderung, daß Vieh in das rechte Licht. Trotz der armen Arbeitslosigkeit auf dem Lande müßten, entgegen den gesetzlichen Bestimmungen, die polnischen Viehbesitzer immer noch beschäftigen. Die einheitlichen deutschen Arbeiter seien arbeitslos. Gegenüber der Behauptung des Abg. D. II, daß Vieh nicht veräußert würde, stellte Redner fest, daß nicht nur an Herdbuchvieh, sondern auch an Pferde und Vieh Milch veräußert werde.

Um die Arbeiterschaft zu reizen, habe während des Landarbeiterstreiks ein Viehbesitzer die Milch auf die Straße gegossen. Redner wandte sich entschieden gegen jede Ausfuhr von Milchvieh.

Die Ausfuhr in dieser Angelegenheit war damit erledigt. Die Anträge des Senats auf Genehmigung zur Strafverfolgung gegen die Abg. Raube und Geric wurden ohne Aussprache dem Rechtsausschuß überwiesen.

Die Verkleinerung des Volkstages

forderte ein deutsch-nationaler Antrag, der vom Abg. Dr. Bunte (D.F.) begründet wurde. Der § 24 der Verfassung solle dahin abgeändert werden, daß die besoldeten Mitglieder des Senats kein anderes öffentliches Amt und auch keine weitere Berufstätigkeit ausüben dürfen. Die ehrenamtlichen Mitglieder des Senats sollen der Genehmigung des Senats für die Zugehörigkeit zu dem Verwaltungsrat und Aufsichtsrat einer Erwerbsgesellschaft bedürfen. Weiter forderte der Antrag, eine Änderung der Artikel 23, 24 und 25 der Verfassung, die bei Wahrnehmung ihrer Tätigkeit als Volksabgeordnete keinen finanziellen Ausfall erlitten, hätten keinen Anspruch auf Diäten. Ferner sei die Zahl der Volksabgeordneten zu verringern.

Im allgemeinen fand der deutsch-nationale Antrag allgemeine Zustimmung. Abg. Gen. Raube führte aus, daß es unangenehm sei, an eine Veränderung der Verfassung heranzugehen, insbesondere deshalb, weil diese an die Zustimmung des Volksrates gebunden ist. Auch der Sozialdemokratische Fraktion erwiderte die Zahl von 120 Volksabgeordneten als zu hoch. Ueber die zweifelhafte Verkleinerung des Volkstages könne im Ausschuß verhandelt werden. Ein Vergleich mit den freien Reichstädten sei nicht richtig, da der Volkstag ganz andere wirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen habe, als die Parlamente dieser Städte. Wenn man sparen wolle, könne man das bei anderen Vereinen viel besser tun. In der Justiz z. B. sind ein Generalstaatsanwalt, ein Oberstaatsanwalt und 10 Staatsanwälte beschäftigt, obwohl der Bezirk des Landgerichts Danzig bedeutend verkleinert worden ist. Auch bei der Polizei und Steuerbehörde und bei der Senatsverwaltung sei eine Einschränkung der Zahl der höheren Beamten unbedingt notwendig. Wenn man an eine Verfassungsänderung herantrete, solle man auch

gleich ganze Arbeit machen.

und auch den Senat verkleinern. Ein Senat von 5 bis 6 Personen, die an das Vertrauen des Volkstages gebunden sind, wäre vollkommener. Der Sozialdemokratische Fraktion wurde entsprechende Anträge gestellt. Würde diesen Anträgen zugestimmt, würde die Ver. Sozialdemokratische Fraktion für die Verkleinerung des Volkstages eintreten. Schließlich der Diäten erklärte Redner, daß sie so bemessen sein müßten, daß Arbeitern und Angehörigen die Ausübung des Volkstagsmandats ermöglicht werde.

Der Abg. Komelowski (D.F.) erklärte den deutsch-nationalen Antrag für Bluff. Gerade die deutsch-nationalen Abgeordneten seien es, die durch Teilnahme an ganz unwichtigen Ausschüssen recht viel Diäten in die Tasche stecken. Abg. Dr. Bunte (D.F.) war mit der Verkleinerung des Volkstages und Senats einverstanden. Zweckmäßig sei es, zu prüfen, ob die Verkleinerung nicht schon in dieser Legislaturperiode durchgeführt werden könne. Andererseits wäre es, zu erfahren, in welchen Erwerbsgesellschaften die Senatoren und Abgeordneten betätigt wären. Die Aussprache war damit geschlossen. Der Gesetzentwurf wurde dem Verfassungsausschuß überwiesen.

Die Kammer der Arbeit.

Ein kommunistischer Antrag forderte vom Senat die Verleugung des Gesetzes über die Kammer der Arbeit innerhalb acht Tagen, ein deutsch-nationaler Antrag die Einbringung der noch fehlenden Gesetzesvorlagen über die berufständischen Vertretungen. Beide Anträge wurden gemeinsam beraten. Abg. Philippen (D.F.) bat um Annahme des deutsch-nationalen Antrages. Abg. Komelowski (D.F.) erklärte, daß seine Fraktion den Antrag nur annehme, um der Arbeiterschaft die reaktionäre Haltung des Senats vor Augen zu führen.

Abg. Gen. Spill betonte, daß man von der neuen Regierung nicht erwarten könne, daß sie Gesetzentwürfe vorlege, die den Interessen der Arbeiterschaft gerecht würden. Mit allen Mitteln habe man versucht, das Gesetz der Landwirtschaftskammer im Volkstage zur Verabschiedung zu bringen. Aber ein Gesetzentwurf über die Kammer der Arbeit sei im Volkstage noch nicht vorgelegt worden. In dem neuen Senat sei nur ein bürgerlicher Arbeitervertreter, der vielleicht den guten Willen, ganz bestimmt aber nicht die Absicht habe, sich den anderen gegenüber durchzusetzen. Das wenigste, was das Gesetz schließlich den Arbeitern bringen werde, werde durch die Auslegung der Gesetzgebung hinfällig gemacht. In Danzig seien zurzeit 8000 Arbeitslose. Bemühungen, die Plätze von Ausländern (nicht von Reichsdeutschen) annehmen Danziger Arbeitslose freizumachen, würden vom Senat durchkreuzt. Der Vorsitzende des Demobilisationsausschusses, der die gesetzlichen Bestimmungen durchzuführen müßte, sei vom Senat abberufen worden. Prof. Nov. der anachlich nur deshalb die Zeitung der Danziger Werk übernommen habe, um den Danziger Arbeiter Reichsdeutschen zu verhaften, habe in ausländischen Zeitungen Artikel für den ihm unterstellten Verstoß, obwohl in Danzig in diesem Verstoß eine arde Arbeiterschaft herrsche.

Abg. Komelowski (D.F.) sprach sich für den Antrag der Deutschnationalen aus. Abg. Raube (D.F.) erklärte ohne Umschweife, daß der Antrag lediglich als Agitationswerkzeug gestellt worden sei. Als Redner dem Abg. Komelowski Vorhaltungen machte, bestritt dieser dem Abg. Raube das Recht, als Arbeitervertreter aufzutreten. Es kam zu persönlichen Auseinandersetzungen, bei denen der Zeppolier Sozialklub, verschiedene Schlemmerlokale usw. eine unterbrechende Rolle spielten. Es kam wiederholt zu lärmlicher Heiterkeit. Als letzter Redner sprach dann Dr. Blavier (D.F.). Seine Fraktion (der auch die satfam bekannten Herren Dr. Rodat und Dr. Unger angehören) habe es sich zur Aufgabe gemacht, den Ausgleich der Gegensätze zwischen den Arbeitnehmern und Arbeitgebern herbeizuführen! Man möge warten bis die fraglichen Gesetze in Deutschland fertig seien. Dort werde bessere Arbeit geleistet als in Danziger Regierungsräten geleistet werden könne. Deshalb solle man das Vorgehen des Reiches abwarten. Der deutsch-nationale Antrag wurde alsdann angenommen, der kommunistische Antrag gegen die Stimmen der Linken und der Polen abgelehnt. Dagegen stimmten auch die Deutschsozialen, was die Linksparteien veranlaßte, dieser „Auch-Linkspartei“ energische Vorhaltungen zu machen.

Gegen 7 Uhr abends vertagte sich das Haus auf Mittwoch nachmittag.

Aufruf der Zwischengulden.

Umtausch der Scheine bis zu 5 Gulden in Münzen.

Die Danziger Zentralkasse Aktiengesellschaft ruft in der heutigen Ausgabe unseres Blattes ihre kleineren Kassenscheine, nämlich die über 1, 2, 5, 10, 25 und 50 Pfennige sowie die über 1, 2 und 5 Gulden lautenden Scheine zur Einlösung auf. Diese Kassenscheine müssen 14 Tage nach Aufruf der Zentralkasse vorgelegt werden und können in höherwertige Kassenscheine der Zentralkasse oder in Hartgeld, also in Danziger Silbergeld, Nickel- oder Kupfergeld, umgetauscht werden. Es ist dafür gesorgt worden, daß Kupfer-, Nickel- und Silbermünzen in ausreichenden Mengen bei der Zentralkasse zur Verfügung steht.

Die größeren Kassenscheine der Zentralkasse (10, 25, 50, 100 Gulden) werden erst einige Zeit später aufgerufen werden, wenn die Bank von Danzig ihre Banknoten fertiggestellt haben wird. Im Verhältnis zu dem gegenwärtigen Umlauf an Kassenscheinen der Danziger Zentralkasse stellt der Betrag der aufgerufenen Scheine mit rund 5 Millionen Gulden etwa den dritten Teil dar.

Mit dieser Maßnahme wird ein Schritt weiter getan auf dem Wege zur endgültigen Währung. Die Einwohner Danzigs, die sich an die kleinen Papierzahlungsmittel aus den Zeiten der Inflation gewöhnt hatten und die nur allzuoft diese Gewohnheit aufgeben, werden sich bald an die neuen Zahlungsmittel aus Metall gewöhnen, um so mehr, als die kleineren Kassenscheine durch den Verkehr zwischen hart mitgenommen sind. Aus ästhetischen und sanitären Gründen ist der Umtausch der abgenutzten Kassenscheine erforderlich, da die Zentralkasse nicht in der Lage ist, die zum Teil schmutzigen und zerfetzten Scheine durch neue zu ersetzen. Für Danzig würde es kein Glück sein, wenn die Weltwirtschaft, deren unerwünschte Nebenwirkungen auch bei stabiler Währung in anderen Ländern, insbesondere des Südens, bekannt sind, zu einer dauernden Eintrübung werden sollte. Nachdem jetzt die erforderlichen Mengen an Silbergeld und an kleinen Münzen in Danzig vorhanden sind, ist die freie Bahn für das Metallgeld geschaffen worden und es bricht kein Grund mehr, zwei Zahlungsmittel nebeneinander im Verkehr zu halten.

Der Danziger wird nun für seinen Kleingeldvorrat die Briefscheine mit dem Portemonnaie vertauschen können. Schließlich wird noch darauf hingewiesen, daß der Senat durch die Freihandkaufpreise Kupfer-, Nickel- und Silbergeld im Mindestbetrage von 5 Gulden auf Wunsch in Kassenscheine der Zentralkasse umwechselt. Der Grund für die volle Deckung des sogenannten Zwischenhandels durch englische Pfunde wird also durch die Ausgabe des Hartgeldes nicht durchbrochen.

Blutige Ereignisse.

Wieder ein Todesopfer der Schupo.

Obwohl der übertriebene Gebrauch der Schußwaffen durch Schupobeamte schon mehrfach scharfe öffentliche Kritik erfahren hat, ist schon wieder ein neuer Fall zu verzeichnen, daß ein Bürger von einem Schupobeamten einfach niedergeschossen wurde. Der Vorfall ereignete sich in der Wallgasse. In einem dort gelegenen Lokal war es anscheinend zwischen dem Händler Paul Schipper und dem Wachtmeister Franz Thurn, der sich außerhalb des Dienstes dort aufhielt, zu Auseinandersetzungen gekommen. Es ist bisher nur festgestellt, daß der Händler zuerst das Lokal verließ, worauf der Wachtmeister ihm folgte. Auf der Straße setzten sich die Auseinandersetzungen fort, in deren Verlauf der Beamte von Sch. angegriffen sein will. Angeblich habe er sich dessen nicht mehr erwehren können und habe zum Revolver gegriffen. Mit zwei Schüssen streifte er Schipper nieder, der in die Flucht getroffen, tot zusammenbrach. Sch. stellte sich der Polizei und beteuerte, in Notwehr gehandelt zu haben. Die näheren Einzelheiten werden durch die Untersuchung geklärt werden müssen. Zunächst scheint der Vorfall noch reichlich dunkel und wird festgestellt werden müssen, ob der Wachtmeister wirklich in so gefährlicher Weise angegriffen wurde, daß er sogar außerhalb des Dienstes zur Anwendung seiner Schußwaffe in so gefährlicher Weise überging. Auffällig ist es, daß Thurn, ehe er die Schüsse abgab, nicht Hilfe alarmierte und daß er sich nicht damit begnügte, seinen Gegner auf andere Art und Weise kampfunfähig zu machen, als ihn sofort totzuschießen.

Selbstmord eines Liebespaars.

In einem Lokal in der Dudenstraße erlitten sich gestern eine Liebespaare. Der Sohn eines bekannten Danziger Beamten E. erschoss dort zuerst ein junges Mädchen W. aus Panitzsch und brachte sich dann selbst einen schweren Kopfschuß bei. Das Mädchen war sofort tot. Der junge Mann starb bald nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus.

Selbstmord im Veranlassungsal.

Heute morgen gegen 4 Uhr hat sich in einem Lokal in der Reitstraße der 22 Jahre alte Arbeiter P. erschossen. Man fand ihn blutüberströmt mit zwei Schüssen auf der Brust. Der Selbstmörder hatte in letzter Zeit oft Lebensmüdigkeit geäußert, die einseitigen Gründe zu der Tat sind noch nicht einwandfrei festgestellt.

Ausstellung von Goldgulden. In den Schaufenstern der Firma Moritz Stramp u. Sohn, Panitzsch 11, Panitzsch und Jorow sind seit gestern die neuen goldenen 5-Guldenstücke ausgestellt, die nach dem Entwurf von Oberbaurat Professor Richter gefertigt sind. Sie zeigen auf der Vorderseite auf Danziger Wappenstein die Replikatur vom Brunnen auf dem Pannengarten und auf der Rückseite ein stilisiertes Danziger Wappen. Die Goldstücke, die genau in Gewicht und Feingehalt dem englischen Pfund entsprechen, sind bekanntlich nur in einer kleinen Menge hergestellt und werden als Deckung benutzt. Sie dürfen dazu beitragen, das Vertrauen zur neuen Währung zu festigen und damit einen Anreiz für die Zeichnung von Aktien der Bank von Danzig bieten.

Das neue Lohnabkommen, über das wir gestern berichtet, ist, wie aus Versehen in der Notiz nicht vermerkt war, für das Tischlergewerbe abgeschlossen.

Einem Rasenball veranstaltet heute, Sonntag, abds. 7 Uhr, der Gesangsverein „Niedertafel“, Obra, in der Obra.

Verantwortlich: H. Politt Erich Poops für Danziger Nachrichten und den Abdruck Zeitungsbeiträge für Interale Anton Poops, sämtlich in Danzig.

Fortsetzung folgt)

Die Aufgaben der Währungsbank.

Die Diskontpolitik der Notenbank wirkt also ausgleichend
 sie besetzt und fördert auf der einen Seite das Wirtschaftswachstum

Wochenplan des Stadttheaters. Sonntag, den 20. Januar, nachm. 2½ Uhr: (Kleine Preise!) „Peterschens Mondfahrt“. Abends 7 Uhr: 3. und letztes Gattspiel Eugen Mölzer vom Festspieltheater, Berlin. (Hohe Preise!) „Michael Kramer“ (Titelrolle: Eugen Mölzer als Gast). — Montag, abends 7 Uhr: (Serie 1. „Schweizer“. — Dienstag, abends 7 Uhr: „Mikro“. — Mittwoch, nachm. 2½ Uhr: (Kleine Preise!) „Peterschens Mondfahrt“. Abends 7 Uhr: (Serie 2. Zum 1. Male: „Das Krokodil“. Satirischer Schwank in drei Akten von Karl Strecker. — Donnerstag, abends 7 Uhr: „Schwarzwaldmädel“. — Freitag, abends 7 Uhr: (Serie 3. „Der Wildschütz“. — Sonnabend, nachm. 2½ Uhr: (Kleine Preise!) „Peterschens Mondfahrt“. Abends 7 Uhr: „Das Krokodil“. — Sonntag, nachm. 2½ Uhr: (Kleine Preise!)

Café Fischbrunnen. Unter diesem Namen hat Hans Glashorn, der bekannte Leiter des Wintergartens, in der Hundsgasse ein neues Café und Restaurant eröffnet, in dem zu erster Unie auf gute Bewirthung der Gäste wert gelegt wird. Vorzüglichster Koffa und Kaffee, in Altfrüemaldinen hergerichtet, und aussergezeichnetes Gebäck kennzeichnen das Brinlich des Besitzers, dem es sehr daran gelegen ist, seine Gäste voll zufrieden zu stellen. Die Küche ist bis 2 Uhr nachts geöffnet und sorgt fernerhin für alle gastronomischen Genuffe. Der Säunlerkapelle brinat durch Vortrag guter Musik die nötige Begleitung.

sind die

Aktien der Bank von Danzig

Todesfälle: Frau Anna Blauf geb. Mariens, 47 Jahre. — Schmidt Walter Heblsch, 22 J. 1 Mon. — Holzarb. Kris Annath, 24 J. 3 Mon. — Senatsangehelter Herberich Joneh, 24 J. 5 Mon. — Verfmtr. Oskar Zartowitz, 75 J. 7 Mon. — Witwe Marie Schiesowitz, 82 J. — Frau Magdalena Deutloff geb. Kustf, 25 J. 7 Mon. — Witwe Marie Hauhaus geb. Goller, 56 J. 2 M. — Arb. August Moszkowski, 55 J. 4 Mon. — F. d. Kriegsm. Johann Bloh, 9 Mon. — Witwe Herta Löbman geb. Struwe, 69 J. 1 Mon. — Arb. August Benfurdt, 64 J. 8 Mon. — Unehelich 1 Sohn.

Zahnleidende

Die Preise sind sehr niedrig, Zahnersatz pro Zahn von : : **2 Gulden** an
Zerziehen mit Befäßung, Plomben von : :
Neuzeitliche hygienische Operationszimmer. — Eigenes Laboratorium
Auswärtige Patienten werden möglichst an einem Tage behandelt.

und

nur bei

J. Rosenbaum

Breitgasse 12B/9

wird so gesucht. Weidg
bei Banka. "alter

Geschäftsleben sucht

Schneestiefel ~ Gummischuhe
Ballüberziebstiefel ~ Kamelhaarschuhe
der Marke

Leiser

Alleinverkauf: „Fka“-Danziger-Schuh-Aktienges.

Langgasse 73

11753

Van Houten's Cacao

sollte stets nur mit Wasser zubereitet werden, da der grossen Nährkraft und leichten Verdaulichkeit wegen der Zusatz von Milch vollkommen überflüssig ist. Um das Publikum mit den Vorzügen des weltbekannten

11759

Van Houten Cacao

bekannt zu machen, findet im Laufe der nächsten Tage in verschiedenen Kolonial- u. Delikatesswaren-Geschäften, welche noch veröffentlicht werden, ein

Probekochen

statt, wozu alle Hausfrauen Danzigs eingeladen werden zwecks Entgegennahme von Gratiskostproben und zur Information über die beste Zubereitungsweise

Zerzmann, Ranggart
Hof 10, 21. links

er 2. Aufl. 1923 an
Friedr. v. Holtzsch

Operation unter V 192
die Erz. d. Volksk.

an **Reiseführer**,
17 **Reiseführer**, 10, 1 1/2, 100

Arthur WINKLER,
Passport # 42, (T

Tägliche Bekanntmachungen.

Nach Ausgabe des Silber-, Nickel- und Kupfergeldes der Freien Stadt Danzig fordern wir hiermit die Inhaber unserer Kassenscheine über 1, 2, 5, 10, 25 und 50 Pfennige sowie 1, 2 und 5 Gulden auf, uns die vorgenannten Scheine bis zum 2. Februar 1924 einzureichen zum Umlauf in größere Kassenscheine oder in gefälliges Metallgeld der Freien Stadt Danzig.
Danzig, den 19. Januar 1924. (11752)
Danziger Zentralkasse Aktiengesellschaft.

Stadttheater Danzig.

Intendant: Rudolf Schaper.

Heute, Sonnabend, den 19. Januar, abends 7 Uhr:
Freie Volksbühne
(Geschlossene Vorstellung).

Sonntag, 20. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr. Kleins
Dreiß. „Peterchens Mondfahrt“.

Sonntag, 20. Januar, abends 7 Uhr. Dauerkarten
haben keine Gültigkeit. Hohe Preise. Drittes
und letztes Gastspiel Eugen Alöpfer, Berlin.
„Michael Kramer“. Drama. Michael Kramer -
Eugen Alöpfer als Gast.

Freie Volksbühne

Serie E, Sonntag, den 27. Januar, vorm. 11 1/2 Uhr:

Der zerbrochene Krug

Darstellung von Heinrich von Kleist.

Die Auslosung der Plakarten

erfolgt in der Mädchenschule, Traulgraben 11-12,
nachm. 4-6 Uhr, für Serie E am Freitag, den
25. und Sonnabend den 26. Januar.



**Lichtbild-Theater
Langenmarkt Nr. 2**

Des täglich zunehmenden
Zuspruches wegen

der große Comedia-Film

„Das alte Geleß“

eine Geschichte aus d. sechziger Jahren

bis einschließlich

Montag

prolongiert.



Zentral-Theater

Langgasse 31 • Fernsprecher 113

Ab 18. bis 24. Januar 1924: 11746

Das neueste Lustspiel mit Harald Lloyd

„Er als Jäger“

3 Akte voll unübertrefflicher Komik

Die närrische Wette des Lord Alding

Ein Abenteuer zwischen Wasser, Himmel und
Erde in 6 großen Akten. In den Hauptrollen:
Lord Alding Hedda Vernon Violetta Kapwinski

Orchester Mühlfeld

6 Saiten, die vorzügliche Begleitung!

Strandlichtspiele Neufahrwasser

Wolter-Straße 1 Wolter-Straße 1

Ab heute bis 21. Januar
3 lustige Tage!

Dieses Programm
übertrifft alles bisher Gebotene

5 große Schläger!

The Kid

6 Akte

in d. Hauptrollen: Charlie Chaplin, Jackie Coogan

Fatty in Mädchenpensionat

2 Akte

Der Glückstopf

3 Akte, in der Hauptrolle Paul Hermann

Begleitung der Vorstellungen wochentags 6 u. 8
Sonntags ab 4 Uhr. Bitte um den Besuch
der 6-Uhr-Vorstellung. Kapelle Spalka.

Vorverkauf! Ab Dienstag, den 22. Januar:

Am Rande der Großstadt



HUNDEGASSE 110

Telephon Nr. 3566

Inh. Hans Eichhorn

Treffpunkt des gut-bürgerlichen Familien-Publikums

Täglich ab 4 Uhr nachmittags

Konzert

der Künstler-Kapelle Henry Ernst-Dortmund

Täglich
frisches Gebäck

Prima Mokka

Der anerkannt
gute Kaffee

Kalte und warme Küche bis 2 Uhr nachts

Bromberger Kristallbräu

Danziger Aktien-Bier

Bromberger Porter



Flamingo

Bühne und Film Vornehme Lichtspiele

Unterstadt 7, Telephon 6912

Diese 3 Namen

Mia May

Rudolf Klein-Rogge

Hauptdarsteller aus: Dr. Mabuse

Hans Marr

Hauptdarsteller aus: Wilhelm Tell

in dem Prachtfilm:

Das wandernde Bild!

verbürgen die Güte unseres Programms.

Außerdem:

Taifun

Ein Meeresdrama aus der Südsee.

Ein Genuß für jeden!

Kapelle Fuchs, die bestbewährte.



Stempel & Schilderfabrik

Hering

Matzkauschegasse 6

11795

Stempel! Aufbewahren!

+ Druck erwerbt! +

Fort mit allen

Schwindelmitteln,

lassen Sie sich nicht irreführen

durch vielversprechende u. irrefüh-

rende Angebote. Kaufen Sie keine

unbekannten „Leuten Schwindelmitt-

tel“, sondern machen Sie einen

Verkauf mit meinem anerkannt

guten

Spezialmittel.

Seit vielen Jahren belien-

ben Sie

Regel

Wenn Ihnen die monatliche

Probe oder ganz aus-

reicht, haben Sie Ver-

trauen zu mir und kaufen Sie

sofort, wie lange Sie schon ka-

ufen. Ich helfe und schenke Ihnen Ge-

sundheit, bringe Ihre Rettung.

Sie können wieder neuen Lebens-

sinn und werden mit ewig

dem der sein. Erfolg erst 23

Stunden ohne Berufsberatung.

Ich will Ihnen Dankschreiben

mit 2000 Mark. Unkosten

frei, wenn Sie meine Garantie

nehmen. Schreiben Sie

Serieheute „Hygiene“

Hamburg 2, U. 24

Mickelstraße 67, 4. I

Zu verkaufen:

1. Schloß-Sofa, 2. Bett-

stelle mit Matragen u.

Wandregal.

Langgasse 67, 4. Treppen

**Die geistige Vertiefung
des Sozialismus**

st eine der wichtigsten Parteiaufgaben. Ohne gründ-
liche Durchdenkung und Erforschung aller mit dem
Sozialismus zusammenhängenden Gebiete lassen sich
die praktischen Gegenwartsaufgaben der Sozialdemo-
kratie nicht lösen. Die sozialistische Tagespresse ist
durch die sich jagenden politischen Ereignisse zu sehr
in Anspruch genommen, um solche geistige Vertiefung
mit der nötigen Ruhe pflegen zu können. Die wissen-
schaftlichen Organe haben unter der materiellen Ungunst
der Verhältnisse im Druckgewerbe schwer gelitten
und zum Teil ihr Erscheinen einstellen müssen (so
nach langjährigem Bestehen die „Neue Zeit“). Das
einzige Organ, das den wissenschaftlichen Sozialismus
und die tiefer Durchdringung der Zeitereignisse, ohne
enge Richtungsgebundenheit heute noch pflegt, ist

„Die Glocke“

„Die Glocke“ ist auch die sozialistische Zeitschrift, die
trotz aller Ungunst der Verhältnisse bei billigstem
Bezugspreis ihr ständiges Erscheinen hat behaupten
können. Sie gibt ihren Lesern allwöchentlich eine
Fülle von Anregungen auf den Gebieten der Politik,
des wissenschaftlichen Sozialismus, der sozialen Kunst
usw. Für den Hochstand ihres geistigen Niveaus
garantiert der Kreis ihrer regelmäßigen Mitarbeiter,
aus dem die folgenden Namen hervorgehoben seien:

Jacob Altmaier, Eduard Bernstein, Hans Block,
H. Branting, Rud. Breitscheid, Robert Breuer,
Alfons Fedor Cohn, Hans Deibrock, Alf. Döblin,
Otto Flake, Josef Maria Frank, Rob. Grötsch,
Konrad Haenisch, v. Harnack, Kurt Heimg,
Paul Hertz, Ely Heuß-Knapp, Klabund, Erich
Kuttner, Th. Leipart, Heinrich Löffler, Walter
Mehring, August Müller, Hermann Müller,
Müller-Brandenburg, Paul Nathan, Wilhelm
auf der Nöllenburg, Alfons Paquet, Parvus,
Max Quarek, Gustav Radbruch, Ph. Scheide-
mann, Max Schippel, Robert Schmitt, Bruno
Schönlank, Hermann Schützinger, Hugo Siaz-
heimer, Wilhelm Solmann, Heinrich Ströbel,
Ernst Toller, Ludwig Wachenheim, H. Waentig,
Otto Weis, Hermann Wendel, Walter Zechlin.

Jeder geistig strebende Parteigenosse, dem es um
die Vertiefung seiner sozialistischen Weltanschauung
zu tun ist, sollte daher „Die Glocke“ abonnieren.
Er nützt damit nicht nur sich selber, sondern trägt
gleichzeitig dazu bei, daß der Partei wenigstens
ein wissenschaftliches Organ erhalten bleibt, das
der geistigen Fortentwicklung des Sozialismus dient.

Preis des Heftes 25 P.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung „Volkswacht“

Am Spandhaus 6 Danzig Paradiesgasse 32
und durch alle Zeitungsträgerinnen.

Kleine Anzeigen

in unserer Zeitung sind
billig und erfolgreich.

Stubbenholz

gefeuert, kiehlhaltig u. trocken, 2 b. Jmal gefassten
3 Zentner 1,25 Gulden, 5 Zentner 6 Gulden
Länge der Portat reicht 11 ft

Wilhelm Prillwitz, Inhabhaber



Metropol-Lichtspiele

Danziger-Straße 12

Wunder 3. Entführung!

Am Narrenseil!

Internationale Komik mit dem original-
schonendsten Komiker d. Welt in der
glänzendsten Programm.

1. Teil

Schreckensnacht der Hochzeiten!

2. Teil

Rätsel der Kriminalistik!

Hauptrollen: Ma de Tanga, Grete

Reinhold, Walter Wolf u. c.

Steinachmann und

Jazzbandfieber

Großes mit dem deutschen Chaplin

Ferry Frank.

Bestenfalls gelungene Komik.

11750

Gelegenheitskauf!

Damen-Stiefel

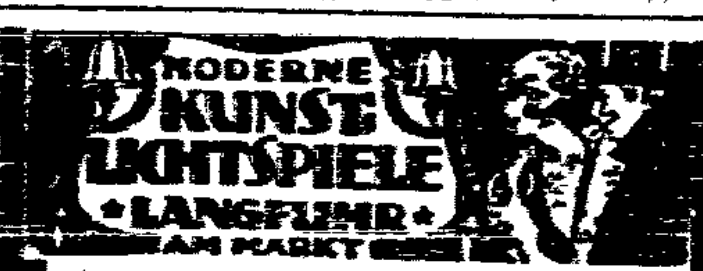
Friedenware, über

13⁵⁰ Gulden

Textil- u. Trikotagenhaus

Hirschmann

Mühlengasse Nr. 2



Moderne Kunst Lichtspiele

Langgasse 67

Heute bis Montag:

Die große Sensation des Tages!

Ein außergewöhnlich sehenswerter Film!

„Die brennende Kugel!“

Der Welt bester Zirkusfilm!

Zirkusfahrten, wie sie im Film noch nicht

gezeigt wurden. Aufregende, aberwitzliche,

sensuelle Handlung.

Tragödie der Liebe!

Die Gräfin von Paris!

2. Teil

11747

„Die Liebe einer Dirne!“

Mia May, Emil Jannings.

Anerkannt der schönste Film der Zeit!

Vorhersehen Sie nicht Gutes Programm!

11748

Lüchtige Holportenre

für Boden, Holz und alle

anderen Parteinährungen

finden lohnenden Verdienst

Buchhandlung „Volkswacht“

Am Spandhaus 6.